

Pläne für eine Personalunion zwischen Rumänien und Ungarn 1919-1932

Von 1919 an bis in die 1930er Jahre hinein wurden in Rumänien und Ungarn Pläne zu einer Personalunion zwischen den beiden Ländern unter der Dynastie der Hohenzollern-Sigmaringer mit unterschiedlicher Intensität durchgespielt. Diese Pläne sind vor einem dreifachen Hintergrund zu sehen; sie hängen mit der Besetzung Ungarns und Budapests durch rumänische Truppen in der Zeit von August bis November 1919 sowie mit der ungarischen Königsfrage und dem Siebenbürgen-Problem zusammen.

Entsprechend der jeweiligen Aktualität lassen sich bestimmte Phasen feststellen. Beginn und zugleich Höhepunkt waren die Monate August bis November 1919, also die Zeit der rumänischen Besetzung Ungarns. Nach deren Ende traten die Pläne in den Hintergrund, bis schließlich 1921 die zwei Restaurationsversuche Karls IV. die ungarische Königsfrage aktuell machten und die Möglichkeit der Einsetzung der Hohenzollern-Sigmaringer auf den ungarischen Thron aufscheinen ließen. Die zunehmenden Autonomiebestrebungen in Siebenbürgen brachten zu Beginn der 1930er Jahre nochmals ein Aufleben des Planes. 1919 gingen die Impulse von Rumänien aus, wohingegen in der späteren Entwicklung ungarische Kreise die treibende Kraft waren.

Die vorliegende Abhandlung beruht auf Berichten der deutschen und österreichischen Diplomaten aus Budapest, Bukarest und Belgrad zu den Fragen der ungarisch-rumänischen Beziehungen zwischen 1919 und 1938 und auf ihren Berichten zur monarchistischen Bewegung in Ungarn. In der Literatur finden sich vereinzelte Hinweise zu diesem Thema.¹ Problematisch bei der Behandlung des Themas erwies sich, daß es an offiziellen Verlautbarungen von beiden Seiten fehlt.² Rumänien äußerte sich ab 1921 nur in Form von Dementis, und Ungarn kommentierte die Gerüchte gar nicht. Die Verhandlungen liefen offensichtlich über geheime diplomatische Kanäle und Privatpersonen. So ist man vielfach auf Spekulationen angewiesen. Dennoch rechtfertigen die zahlreichen Berichte der Diplomaten an ihre Außenministerien eine Beschäftigung mit diesem Thema.

¹ So auch Hugh SETON-WATSON: *Histoire des Roumains*. Paris 1937, S. 609; BRĂTIANU S. 146-147; Gyula SZEKFÜ: *Három nemzedék és ami utána következik*. Budapest 1935, S. 406; ROMSICS S. 77-80; ÁDÁM S. 33, 177.

² Eine Ausnahme machen die Lageberichte des rumänischen Hauptquartiers, gesammelt in SHAT 20 N 179/1. Sie berichten durchweg positiv über das Projekt, erwähnen jedoch nicht, ob und welcher Schritt von der Bukarester Regierung ausging.

1. Die rumänische Besetzung Ungarns (August-November 1919)³ und das Projekt der Personalunion

Nachdem die Pariser Friedenskonferenz am 19. März 1919 die vorläufigen Grenzen Ungarns zu Rumänien entlang der Linie Arad, Großwardein (Oradea, Nagyvárad) und Sathmar (Satu Mare, Szatmár) festgelegt und in der Vix-Note vom 20. März 1919 die Einhaltung gefordert hatte, war deutlich geworden, daß große Gebiete Ungarns, vor allem Siebenbürgen, verloren gehen würden.⁴ Die von der Entente ohnehin nicht anerkannte Regierung Károlyi trat angesichts der territorialen Forderungen der Siegermächte am 20. März 1919 zurück. Am 21. März übernahm Béla Kun die Regierung und rief die Räterepublik aus. Die kommunistische Herrschaft in Ungarn und Kuns Verbindungen zu Rußland erzeugten bei den Nachbarländern und bei den Alliierten Angst vor dem Vordringen des Bolschewismus in Europa. Die Ententemächte erwogen wiederholt ein militärisches Vorgehen gegen Ungarn, an dem auch rumänische, serbische und tschechische Truppen beteiligt werden sollten.⁵ Die Option für eine Militäraktion, einschließlich der Besetzung Budapests, hatten sich die Alliierten im Waffenstillstand von Belgrad vom 13. November 1918 für den Fall offengehalten, daß Ungarn die Waffenstillstandsbedingungen nicht erfülle. Die in Südungarn stationierten Einheiten der Armée d'Orient verstärkten nun ihre Truppen, zu wirkungsvollen Maßnahmen gegen Kun konnten sich die Alliierten jedoch nicht durchringen.⁶

Während Kun wegen seiner territorialen Revisionsforderungen und seines Kampfes für das alte Staatsgebiet in Ungarn über die ideologischen Grenzen hinweg militärische Unterstützung durch die »Weißen« genoß, nutzte Rumänien die alliierte Passivität für eigenmächtiges Vorgehen. Im April und Mai 1919 besetzten rumänische Truppen die Gebiete bis zur Theiß, auf die es seit dem Geheimvertrag mit den Alliierten vom August 1916 definitive Ansprüche anmeldete. Ab Mai finden sich Gerüchte, daß Rumänien plane, Budapest zu besetzen und die Regierung Kun zu stürzen. Die Alliierten wiesen zwar ein eigenmächtiges Vorgehen Rumäniens

³ Wegen der Tabuisierung dieses Themas in der ungarischen und rumänischen Historiographie nach 1945 fehlte bisher neuere Literatur. Dazu Dionisie GHERMAN: Die Ungarische Räterepublik aus der Sicht der heutigen rumänischen Historiographie. In: Ungarn-Jahrbuch 6 (1974) S. 162-175.

⁴ Vgl. zur Grenzfestlegung die Debatten der Friedenskonferenz: *Conférence de la Paix, Recueil des Actes de la Conférence, Partie IV, C4. Commission des Affaires Roumaines et Yougo-Slaves. Paris 1923.* Zum Gesamtkomplex der Friedensverhandlungen: DEÁK (für Ungarn), SPECTOR (für Rumänien).

⁵ DEÁK S. 96-97.

⁶ Alfred Low: *The Soviet Hungarian Republic and the Paris Peace Conference.* Philadelphia 1963.

zurück, weckten aber gleichzeitig rumänische Hoffnungen durch die Überlegung, 84.000 rumänische zusammen mit 26.000 alliierten Soldaten an einem Feldzug gegen Kun zu beteiligen.⁷ Ende Mai gelang es den Alliierten durch diplomatische Interventionen, die rumänischen Truppen an der Theiß zu stoppen. Die rumänischen Aktionen trugen dazu bei, die Räterepublik zu destabilisieren⁸ und wurden deshalb – trotz der verbalen Proteste – von den Alliierten geduldet.

Am 20. Juli 1919 griff Kun die von Rumänien besetzten Gebiete auf der ungarischen Seite der Demarkationslinie an. Nach anfänglichen Erfolgen seiner etwa 100.000 Mann starken Roten Armee erfolgte jedoch bald der rumänische Gegenstoß und am 29. Juli überschritten rumänische Einheiten die Theiß.⁹ Nach diesem militärischen Debakel floh Kun zusammen mit anderen Führern der Räterepublik am 1. August 1919 nach Wien, und eine sozialistische Regierung unter Gyula Peidl übernahm die Macht. Der rumänische Vormarsch wurde durch die Untätigkeit der Entente begünstigt, die über diplomatische Proteste gegen die rumänische Eigenmächtigkeit nicht hinauskam. Auch Truppen der »Weißen«, die der im Mai im französisch besetzten Szeged gebildeten Gegenregierung mit Miklós Horthy als Kriegsminister unterstanden, gaben zum Teil die Unterstützung Kuns auf. Sie stellten ab dem 24. Juli 1919 die militärische Kooperation mit den »Roten« ein und schwächten damit die ungarische Front erheblich. Um die Chance zum Sturz des kommunistischen Regimes zu nutzen, hatten die »Weißen« sogar davon abgesehen, parallel zu den rumänischen Einheiten in Richtung Budapest vorzurücken.¹⁰

Am 4. August zogen rumänische Truppen unter General Mărdărescu¹¹ in Budapest ein, und rumänische Einheiten besetzten fast ganz Ungarn. Im Süden nahmen sie das gesamte Gebiet zwischen Theiß und Donau bis zur Demarkationslinie zu den französisch und serbisch besetzten Gebieten Südungarns ein. Im Norden drangen sie bis zur tschechoslowakischen Grenze und im Westen bis nach Raab (Győr) und an den Plattensee vor. Ungarn blieb lediglich ein kleines unbesetztes Gebiet südwestlich des Plattensees.

In Budapest hielten die Rumänen zur Demonstration ihrer Macht am 4. August eine Truppenparade vom Heldenplatz über die Andrásy-Straße und die Kettenbrücke zum Hotel Gellért ab, wo das rumänische Militär unter den Kommandanten Mărdărescu und Holban Quartier bezog. Eine

⁷ Vgl. SPECTOR S. 135-138, 144-148, 160-166.

⁸ PA Abt 1A Rum 29 vom 24. 4. 1919, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA.

⁹ Zu den militärischen Ereignissen: KIRIȚESCU S. 473-487.

¹⁰ PA Abt 1A Rum 29 vom 11. 8. 1919, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA.

¹¹ Vgl. seine Darstellung der Ereignisse Gheorghe MĂRDĂRESCU: *Campania pentru desrobirea Ardealului și ocuparea Budapestei 1918-1920*. București 1921. Von 1921 bis 1922 war Mărdărescu Militärkommandant in Bessarabien, von 1922 bis 1926 Kriegsminister im Kabinett Brătianu.

regelrechte, langfristige Okkupation schien – trotz der vorherigen Erwägungen – anfangs nicht geplant; Rumänien versuchte zunächst nur, weitere Kämpfe zu verhindern. Deshalb forderte General Holban von General Josef Haubrich, dem Kriegsminister der Peidl-Regierung, 500 ungarische Soldaten als Geiseln, um die Sicherheit der rumänischen Truppen und das Ende der kommunistischen Aktivitäten zu garantieren. Für jeden zu Schaden gekommenen rumänischen Soldaten sollten fünf ungarische Soldaten hingerichtet werden. Erst als Haubrich dies ablehnte, entschlossen sich die Rumänen am 5. August 1919 zu einer offiziellen und auf Dauer ausgerichteten Besetzung der Stadt.¹² Constantin Diamandi, der frühere rumänische Gesandte in Petersburg und Vertraute des rumänischen Ministerpräsidenten Ion Brătianu, wurde zum Generalkommissar der Besatzungsarmee (*Comisarul General al Armatei de Ocupație*) ernannt; Holban übernahm das militärische Kommando für Budapest. Die öffentlichen Gebäude wurden besetzt, die Roten Garden aufgelöst, Requirierungen durchgeführt und »Jagden auf Rote Soldaten«,¹³ die nach Rumänien zur Zwangsarbeit verschleppt wurden, veranstaltet.

Die Lage verschärfte sich nach dem rumänischen Waffenstillstandsultimatum an die ungarische Regierung vom 5. August 1919 weiter. Rumänien forderte darin die Übergabe aller militärischer Materialien und Fabriken, 50% aller Transportgüter, Landwirtschaftsgeräte und -güter, die Entlassung der rumänischen Kriegsgefangenen sowie finanzielle Entschädigungen für die Verluste Rumäniens während der Besetzung des Landes durch die Mittelmächte im Ersten Weltkrieg (1916-1918).¹⁴ Erst nach Erfüllung dieser Bedingungen wollte sich Rumänien an die Theiß zurückziehen. Dieses Ultimatum wurde von der Regierung Peidl für unannehmbar erklärt und führte am 6. August 1919 zu deren Sturz. Der Habsburger Erzherzog Josef,¹⁵ der ehemalige Stellvertreter Karls IV. in Ungarn, übernahm als Reichsverweser das Amt des Staatsoberhauptes und berief eine neue Regierung unter dem Ministerpräsidenten István Friedrich. Diese war in vielem nur eine rumänische Marionette.¹⁶ Da sie keine eigenen Truppen

¹² PA Abt 1A Rum 29 vom 11. 8. 1919. Deutsches Gernalkonsulat Budapest an AA.

¹³ PA Abt 1A Rum 29 vom 5. 8. 1919. Deutsches Gernalkonsulat Budapest an AA.

¹⁴ Dazu SPECTOR S. 171-173. Die rumänischen Forderungen wurden auch von den Alliierten als zu hart zurückgewiesen.

¹⁵ Erzherzog Josef August, auch Josef von Alcsút (1872, Alcsút – 1962, bei Straubing). Er wurde am 27. 10. 1918 von Karl IV. zum »Homo regius« in Ungarn ernannt. Während der Räterepublik stand er unter Hausarrest. 1944 emigrierte er zunächst in die USA und lebte dann bei seiner Schwester Margarete von Thurn und Taxis in Regensburg. Kurzbiographie in: *Die Habsburger. Ein biographisches Lexikon*. Hg. Brigitte Hamann. Wien 1988, S. 194-196.

¹⁶ Zu Erzherzog Joseph und zur Regierung Friedrich: Eva BALOGH: Romanian and allied involvement in the Hungarian coup d'etat of 1919. In: *East European Quarterly* 9 (1975/1976) S. 297-314. Balogh vertritt die These, daß Rumänien den Staatsstreich geduldet habe, die Re-

oder Polizeieinheiten aufstellen durfte, war sie gegen die rumänischen Übergriffe machtlos.

Die Zurückweisung der Waffenstillstandsbedingungen bewirkte, daß Rumänien sich gegenüber Ungarn weiter im Kriegszustand wähnte und das Vorgehen erheblich verschärfte. Für die Versorgung der 150.000 rumänischen Soldaten (40.000 waren allein in Budapest stationiert) mußte Ungarn aufkommen, was vor allem die kaum mit Lebensmitteln versorgte Hauptstadt Budapest schwer traf. Die Anzahl der Requirierungen, willkürlichen Beschlagnahmungen auch privaten Eigentums, Hausdurchsuchungen und Sperrungen ganzer Stadtviertel nahm zu. Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Bolschewismus wurden nicht nur Rotarmisten und Kommunisten, sondern auch Juden verfolgt.¹⁷

Auf Grund dieses Verhaltens wandelte sich auch die Einstellung der Ungarn zum rumänischen Einmarsch. Zunächst hatte man die Rumänen zwar nicht gerade freudig begrüßt,¹⁸ sie aber dennoch als kleineres Übel im Vergleich zur kommunistischen Herrschaft gesehen und auf einen baldigen Abzug – nicht zuletzt wegen der ablehnenden Einstellung der Alliierten Kommission in Budapest zur rumänischen Besetzung – gehofft. Nun jedoch machte sich Erbitterung breit.¹⁹ Dazu kam, daß Rumänien den Sieg mit großem propagandistischem Aufwand feierte. Am 6. August fand in Bukarest auf der Calea Victoriei ein großer Aufmarsch statt; König Ferdinand und Brătianu hielten Siegesreden.²⁰

Die rumänische Besatzungspolitik blieb bis November 1919 sehr hart und rief Spannungen zwischen den Alliierten und Rumänien hervor. Die Interalliierte Kommission in Budapest hatte seit dem Waffenstillstand mit Ungarn vom 13. November 1918 die oberste Autorität und sollte dafür sorgen, daß Ungarn eine Regierung erhielt, die von der Entente akzeptiert werden konnte. Rumänien erkannte zwar wiederholt die Alliierte Kommission als oberste Macht formal an, handelte jedoch entgegen diesen Beteuerungen. Ab September wuchsen die Spannungen zwischen Rumänien und den Alliierten.²¹ Die Ententemächte forderten wiederholt die Einstellung der Demontagen sowie die Rückgabe der requirierten Güter, den Rückzug der Rumänen bis an die von der Pariser Friedenskonferenz fest-

gierung Friedrich jedoch nicht von Rumänien abhängig war. Gegenposition bei SPECTOR S. 178 und in den deutschen Gesandtschaftsberichten.

¹⁷ PA Abt 1A Rum 29 vom 11. 8. 1919, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA. Der Gesandte weist in seinem Bericht darauf hin, daß die Aktionen gegen Juden meist von den »Weißen« ausgingen, denen sich dann rumänische Soldaten, aber auch Teile der Bevölkerung, anschlossen.

¹⁸ Dies ist die rumänische Darstellung; vgl. BRĂTIANU S. 134-136.

¹⁹ PA Abt 1A Rum 29 vom 14. 8. 1919, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA.

²⁰ SHAT 20 N 179/2 vom 8. 8. 1919, Général Attaché Militaire en Roumanie an das französische Außenministerium.

²¹ Zum alliierten Einwirken auf Rumänien: DEÁK S. 93-173, 503-513; SPECTOR S. 173-186.

gelegte Demarkationslinie sowie die Unterstellung Rumäniens unter die Anordnungen der Alliierten. Zu dieser Zeit war das Verhältnis durch die rumänische Weigerung, den österreichischen Friedensvertrag und die Minderheitenschutzauflagen anzunehmen, zusätzlich belastet. Der verstärkte Druck der Alliierten führte schließlich dazu, daß ab Anfang Oktober Gerüchte aufkamen, daß die Räumung bevorstehe, ferner daß Ungarn und Budapest durch vom Süden vorrückende Einheiten der ungarischen Nationalarmee unter Miklós Horthy übernommen werden sollten.²²

Auf ein scharfes Ultimatum der Alliierten vom 12. Oktober 1919 hin räumten die Rumänen Westungarn, das sie ab Ende August »mit der Absicht, den Teil von Westungarn, der an Österreich fallen soll, auch noch für die Personalunion zu sichern«,²³ besetzt hatten. Am 14. November verließen die rumänischen Einheiten Budapest. Ungarische Freiwilligenkorps unter dem Kommando des amerikanischen Militärattachés in Ungarn, Oberst Yaters, erhielten die Ruhe aufrecht, bis am 16. November die ungarische Nationalarmee Horthys Budapest übernahm. Die Staatsgeschäfte wurden einer Koalitionsregierung unter Karl Huszár übertragen, die auch von den Alliierten provisorisch anerkannt wurde.²⁴

Die Motive Rumäniens zur Besetzung Budapests sind nicht klar zu erkennen. Oberflächlich betrachtet erscheinen sie eher planlos und als zufälliges Ergebnis der militärischen Reaktion auf den Angriff Kuns vom Juli 1919. Mit dem raschen Zusammenbruch der ungarischen Räterepublik hatte man in Rumänien offensichtlich nicht gerechnet,²⁵ wollte jedoch nun die Gelegenheit nutzen, »sich die Revanche für den Einmarsch der Verbündeten in Bukarest (1916) nicht aus der Hand nehmen zu lassen«.²⁶ Neben diesem eher emotionalen Motiv geben die rumänischen Verlautbarungen vor allem zwei Gründe an. Rumänien habe demzufolge im Sinne der Alliierten und ganz Europas gehandelt, da es den Kommunismus in Ungarn beseitigt habe und durch seine Anwesenheit Ruhe und Ordnung aufrechterhalte. Zudem wollte es die von der Pariser Friedenskonferenz beschlossene Demilitarisierung Ungarns überwachen und garantieren.²⁷ In diesem Zusammenhang betonten die Rumänen stets, daß sie »nur ungen in Ungarn bleiben, aber ihre Anwesenheit im Interesse des Landes not-

²² PA Abt 1A Rum 29 vom 7. 10. 1919, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA.

²³ PA Abt 1A Rum 29 vom 27. 8. 1919, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA.

²⁴ DEAK S. 166.

²⁵ PA Abt 1A Rum 29 vom 15. 8. 1919, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA.

²⁶ PA Abt 1A Rum 29 vom 11. 8. 1919, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA; KIRIȚESCU S. 486.

²⁷ PA Abt 1A Rum 29 vom 12. 9. 1919, Deutscher Militärbevollmächtigter in Budapest an AA (Bericht über ein Gespräch mit Diamandi) und „Reply of Rumania to the Representation of the Supreme Council Relative to Hungary's Occupation“ vom 9. 8. 1919. In: DEAK S. 479-481.

wendig [sei], weil sonst eine völlige Anarchie eintreten würde». ²⁸ Der Hauptgrund für die Besetzung scheint jedoch eher ökonomischer Art gewesen zu sein. Rumänien betrachtete die 1916-1918 von den Mittelmächten in der Zeit der Besetzung fast ganz Rumäniens durchgeführten Beschlagnahmen ²⁹ als Legitimation dafür, sich nun seinerseits an Ungarn schadlos zu halten und den politischen Schwebezustand zu Plünderungen ziviler und militärischer Einrichtungen zu nutzen. ³⁰ Selbst von offizieller rumänischer Seite wurde dies zugegeben und als ihr gutes Recht hingestellt. ³¹ Doch auch ein taktisches Motiv ist in Betracht zu ziehen. Rumänien kalkulierte vermutlich damit, daß – als Gegenleistung für den Rückzug aus dem nun besetzten Gebiet – eine Westverschiebung der Demarkationslinie zugunsten Rumäniens (etwa bis an die Theiß) zu erreichen wäre. ³²

Offiziell betonte Rumänien stets, daß es sich nach der Beseitigung der Räterepublik nicht in die inneren Verhältnisse Ungarns einmischen wolle, solange es nicht darum gehe, eine Rückkehr des Kommunismus oder der Habsburger zu verhindern. Innerhalb dieser Grenzen solle sich das politische Leben unter der rumänischen Besatzung frei entfalten. Deshalb existierte neben der rumänischen Militärkommandantur auch eine ungarische Regierung unter István Friedrich, die jedoch – wie erwähnt – ein Schattendasein führte und den rumänischen Übergriffen machtlos gegenüberstand. Rumänien übte eine Zensur ³³ aus und war durch seine Okkupationspolitik bereits darauf ausgerichtet, eine Konsolidierung der innerungarischen Verhältnisse, vor allem aber den Aufbau einer ungarischen Armee, zu verhindern. ³⁴ Es griff auch wiederholt in die ungarische

²⁸ PA Abt 1A Rum 29 vom 8. 9. 1919, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA.

²⁹ Zu den harten Friedensbedingungen der Mittelmächte für Rumänien im Frieden von Bukarest (7. 5. 1918): Elke BORNEMANN: Der Frieden von Bukarest 1918. Frankfurt 1978.

³⁰ Thomas von BOGYAY: Grundzüge der Geschichte Ungarns. Darmstadt 1990, S. 131, weist darauf hin, daß die rumänischen Requirierungen drei Milliarden Goldkronen Schaden verursachten, das Dreifache der Völkerbundsanleihe, durch die Ungarn ab 1924 wirtschaftlich und finanziell saniert werden sollte.

³¹ PA Abt 1A Rum 29 vom 8. 9. 1919, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA. Auch BRĂȚIANU sieht darin den einzigen Grund für die Besetzung, S. 136-138. Zu den wirtschaftlichen und finanziellen Problemen Rumäniens infolge des Ersten Weltkriegs Viorel ȚILEA: *Politica externă a României*. Sibiu 1925, S. 24-29.

³² NPA 655, 8-1 vom 18. 9. 1919, Österreichisches Konsulat Budapest an Wiener Außenministerium.

³³ PA Abt 1A Rum 29 vom 16. 10. 1919, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA. Es gab auch keine rumänischen Zeitungen, nicht einmal für die rumänischen Offiziere der Besatzungstruppen.

³⁴ PA Abt 1A Rum 29 vom 8. 9. 1919, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA.

Innenpolitik ein und versuchte Anfang Oktober sogar, die Regierung Friedrich zu stürzen.³⁵

Zu diesen Versuchen der innenpolitischen Einflußnahme gehört auch das Projekt einer ungarisch-rumänischen Personalunion unter der Dynastie der Hohenzollern-Sigmaringer.

Dieser Plan ist (neben der zur rumänischen Besetzung) auch vor dem Hintergrund der Debatte über die Lebensfähigkeit Ungarns zu sehen. Der sich abzeichnende Verlust von etwa 75% des alten Staatsgebietes ließ ein schwankendes und wirtschaftlich nur schwer konsolidierbares System erwarten. Dies führte bei den Alliierten und in Ungarn selbst zu Planspielen über die Zukunft des Landes. Erwogen wurde die Möglichkeit der Konföderation mit einem der Nachbarstaaten auf wirtschaftlicher und eventuell sogar auf politischer Basis, die Wiedereinführung der Monarchie (wobei die Frage der einzusetzenden Dynastie umstritten war), ja sogar die Möglichkeit eines Protektorats durch eine europäische Großmacht, vorzugsweise England.³⁶

Von offizieller rumänischer und ungarischer Seite gab es 1919 keine Verlautbarungen zu den Spekulationen um eine Personalunion. Die Berichte über die Verhandlungen mit der Regierung über die verschiedenen politischen Fragen klammern dieses Thema aus. Man bemühte sich offensichtlich um strenge Geheimhaltung und verzichtete auf Propaganda auch in der rumänischen Presse, da man mit Widerstand in Rumänien und in Ungarn sowie von seiten der Alliierten rechnete.³⁷ Fast alle diplomatischen Kreise beschäftigten sich jedoch mit diesem Thema, so daß es sich lohnt, den Berichten und Spekulationen vor dem Hintergrund der rumänischen Besetzung Ungarns nachzugehen.

Bereits vor der Besetzung gab es in dieser Frage einen rumänischen Vorstoß. Im Zusammenhang mit den Diskussionen der Alliierten über das Schicksal Ungarns und über das Vorgehen gegen die Räterepublik schlug Rumänien im Mai 1919 vor, die Monarchie in Ungarn im Interesse der Sicherheit Europas und Rumäniens wiederherzustellen. Auch den Entente-mächten schien dies ein geeignetes Mittel zur Abwehr des Kommunismus. Da eine Rückkehr der Habsburger auf den ungarischen Thron jedoch von vornherein ausgeschlossen wurde, machte Rumänien gegenüber dem englischen König auf Betreiben der rumänischen Königin Maria den Vorschlag, »Ungarn als selbständiges Königtum mit Rumänien unter der derzeitigen Dynastie zu vereinigen.«³⁸

Auch von ungarischer Seite gab es noch vor dem rumänischen Einmarsch in Ungarn Ansätze zu einem Zusammengehen mit Rumänien. Sie

³⁵ PA Abt 1A Rum 29 vom 12. 10. 1919, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA.

³⁶ PA Abt 1A Rum 29 vom 19. 8. 1919, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA.

³⁷ NPA 655, 8-1 vom 16. 8. 1919, Österreichisches Konsulat Budapest an Wiener Außenministerium.

³⁸ PA Abt 1A Rum 29 vom 14. 5. 1919, Deutsche Gesandtschaft Wien an AA.

gingen von István Bethlen aus, der sich wegen der kommunistischen Herrschaft in Ungarn im Exil in Wien befand. Er schickte in der ersten Hälfte des Jahres 1919 den späteren Außenminister Imre Csáky nach Bukarest, um dort über eine wirtschaftliche und politische Union, die eventuell in eine Personalunion münden könnte, zu beraten. Die rumänische Regierung unter Brătianu reagierte nicht ablehnend und der siebenbürgische Consiliul Dirigent (Leitender Regierungsrat) unter Iuliu Maniu befürwortete ebenfalls eine Zusammenarbeit mit Ungarn. Mitte Juli 1919 erfolgte der Gegenbesuch Ion Erdélyis in Wien. Seine Bedingungen für eine Kooperation waren, daß Ungarn die Abtretung Siebenbürgens und der Gebiete bis zur Theiß (mit dem Banat) an Rumänien anerkenne. In diesem Punkt wollten die ungarischen Vertreter jedoch keine Zugeständnisse machen, so daß die Verhandlungen abgebrochen wurden.³⁹ Auch die ungarische Regierung griff den Plan auf.⁴⁰

Auf rumänischer Seite führten ab Anfang August 1919 drei Delegierte, Constantin Diamandi, Ion Erdélyi und Teodor Mihali, Verhandlungen über die Schaffung einer rumänisch-ungarischen Doppelmonarchie.⁴¹ Inwieweit sie das in Absprache mit der Regierung taten, ist nicht zu klären.⁴² Auffällig ist, daß die Gesandtschaftsberichte deutscher und österreichischer Diplomaten aus Bukarest dieses Projekt nicht erwähnen, wohl aber die Konsulate in Budapest ihm große Bedeutung beimessen und es sogar als »die aktuellste und hauptsächliche Frage«⁴³ bezeichnen. Auch die rumänische Seite merkt an, daß die Personalunion das Hauptgesprächsthema in Budapest sei.⁴⁴

Eine Billigung durch die Bukarester Regierung liegt nahe, da Diamandi, der rumänische Repräsentant in Budapest, mit der ungarischen Regierung über dieses Thema verhandelte.⁴⁵ Entscheidende Impulse gingen auch von Ion Erdélyi aus, der am 11. August 1919 die ersten Gespräche mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Friedrich führte.⁴⁶ Erdélyi war zwischen Oktober 1918 und März 1919 der siebenbürgisch-rumänische Vertreter in Budapest. Am 5. August bestellte ihn der Consiliul Dirigent wieder zu sei-

³⁹ ROMSICS S. 77-79.

⁴⁰ ÁDÁM S. S. 21. Ádám's These, die Idee der Personalunion gehe allein auf die Gegenregierung zurück, ließ sich nicht belegen.

⁴¹ Der Hintergrund dafür sind die allgemeinen Gespräche Rumäniens mit ungarischen Vertretern. Dazu LOUIS VARIASSY: *Révolution, Bolchevisme, Réaction. Histoire de l'occupation française en Hongrie 1918-1919*. Paris 1934, S. 99-104.

⁴² BRĂTIANU S. 145 spricht in diesem Zusammenhang von »fantastischen Gerüchten«.

⁴³ PA Abt 1A Rum 29 vom 27. 8. 1919, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA.

⁴⁴ SHAT 20 N 179/1 Marele Cartier General, Buletin de informațiuni vom 24. 8. 1919.

⁴⁵ NPA 655, 8-1 vom 16. 8. 1919, Österreichisches Konsulat Budapest an Wiener Außenministerium.

⁴⁶ Bericht des englischen Generals Goston an die Military Section of the British Peace Delegation vom 18. 8. 1919. In: DEÁK S. 118, Anm. 57. Darüber auch BRĂTIANU S. 146-147.

nem Delegierten in Budapest, und er wurde ein wichtiger politischer Berater Diamandis. Seine und Diamandis Gespräche mit den ungarischen Vertretern über einen dynastischen Zusammenschluß der beiden Länder waren geheim. Für das Eingehen auf den rumänischen Plan boten die Verhandlungsführer der Regierung Friedrich an, die rumänischen Truppen an die Demarkationslinie vom März 1919 zurückzuziehen. Auf dieser territorialen Basis sollte dann die Doppelmonarchie unter dem rumänischen König Ferdinand entstehen.

Parallel zu diesen Verhandlungen schlossen sich die Rumänen der Kampagne der Tschechen und Serben gegen Erzherzog Josef an. Diesem wurde vorgeworfen, die Restauration der Habsburger vorzubereiten. Sein von den Alliierten erzwungener Rücktritt am 23. August 1919 bedeutete einen schweren Schlag für die ungarischen Legitimisten (unter ihnen auch Friedrich) und gab den rumänisch-ungarischen Verhandlungen über die Einsetzung der rumänischen Dynastie auf den ungarischen Thron neuen Auftrieb, so daß Ende August über eine Einigung gemunkelt wurde.⁴⁷

Rumänien hatte gute Gründe, diesen Plan zu forcieren. Mit einer Union hätte sich nicht nur der eigene Machtbereich bis kurz vor Wien ausgedehnt, sondern auch die neuen Grenzen Rumäniens wären im Westen gesichert worden. Ungarn wäre mit Rumänien in einen gemeinsamen Staatsverband eingegliedert gewesen, so daß sich die Gefahr des ungarischen Revisionismus wegen Siebenbürgen verringert hätte. Dies schien um so wichtiger, als man in Rumänien damit rechnete, daß Ungarn sich sobald wie möglich »auf Rumänien werfen wird«,⁴⁸ um Siebenbürgen zurückzuholen. Zudem versuchte Rumänien, den Ring der umgebenden Feinde (Rußland wegen der rumänischen Besetzung Bessarabiens, Bulgarien wegen der Süddobrudscha und Serbien wegen des von beiden Seiten beanspruchten Banats) in Richtung Westen zu öffnen und damit eine außenpolitische Isolierung zu vermeiden. Ungarn wäre der geeignete Partner für ein antislawisches Bündnis gewesen. Mit einem Hohenzollern auf dem ungarischen Thron wäre zudem die Gefahr der Rückkehr der Habsburger abgewendet worden.

Schwieriger einzuschätzen sind die ungarischen Motive, die dazu führten, daß fast zwei Monate lang auf Regierungsebene über die Frage verhandelt wurde. Zu nennen sind hier politische und wirtschaftliche Gründe. Auch auf ungarischer Seite spielte die Furcht vor einer »slawischen Umflutung« eine große Rolle.⁴⁹ Dazu kam die Angst, wegen der enormen Gebiets- und Materialverluste nach dem verlorenen Krieg allein und isoliert durch die feindlich gesinnten Nachfolgestaaten nicht lebensfähig zu sein. Ausschlaggebend für das Eingehen auf den Plan war jedoch die Siebenbürgen-Frage. Im Rahmen einer Personalunion hoffte

⁴⁷ PA Abt 1A Rum 29 vom 27. 8. 1919, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA.

⁴⁸ PA Abt 1A Rum 29 vom 22. 8. 1919, Deutsche Gesandtschaft Wien an AA.

⁴⁹ PA Abt 1A Rum 29 vom 19. 8. 1919, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA.

Ungarn auf die Rückgabe Siebenbürgens oder zumindest auf Autonomie-recht für die dort lebenden Magyaren.⁵⁰ Befürworter des Planes waren »militärische und industrielle Kreise«,⁵¹ die glaubten, so die rumänische Besatzungspolitik mildern zu können und zum Absatzmarkt des reinen Agrarlandes Rumänien Zugang zu finden.⁵² Förderer der Anschlußpolitik waren auch aus Siebenbürgen stammende Ungarn, die hofften, über eine Personalunion die Rückgabe Siebenbürgens erreichen zu können, sowie Teile der jüdischen Bevölkerung, die den weißen Terror mehr fürchteten als die rumänischen Repressalien.⁵³ Die Regierung Friedrich schien bei den Verhandlungen ein Doppelspiel zu spielen. Einerseits zeigte sie sich nachgiebig, um jede Möglichkeit für Ungarn auszuloten, die Rumänen nicht zu verärgern und sich auf Rumänien gegen die Rücktrittsfor-derungen der Entente zu stützen.⁵⁴ Andererseits spielte sie den Alliierten Nach-richten über diese Verhandlungen zu und warnte davor, daß die Verwirk-lichung dieses Planes das Gleichgewicht in Südosteuropa gefährden und zu einem Aufstand in Ungarn führen würde. Deshalb appellierte Friedrich zusammen mit Erzherzog Josef an die Alliierten, Rumänien zu einem Rückzug aus Ungarn zu zwingen und damit die für Europa gefährlichen Spekulationen zu beenden.⁵⁵ Diese Aktion zeigt, daß das Eingehen Fried-richts auf die rumänischen Aspirationen eher ein taktisches Manöver war.

Von wem letztendlich der Anstoß zu den Verhandlungen ausging, ist unklar. Auf rumänischer Seite waren Diamandi und Erdélyi die treiben-den Kräfte. Eine anfängliche Billigung ihrer Sondierungen durch die Buka-rester Regierung ist wahrscheinlich. Dann scheinen jedoch die beiden Vertreter den Plan eigenmächtig forciert zu haben. Die rumänische Regie-rung fürchtete unliebsame Zugeständnisse in der Siebenbürgen-Frage und Proteste der Alliierten. Deshalb begann man in Bukarest, vor allem auf Betreiben des Außenministers Take Ionescu, von dem Projekt Abstand zu nehmen und die Vertreter in Budapest zur Zurückhaltung aufzufordern. In Siebenbürgen schien vor allem Alexandru Vaida-Voevod und mit ihm der Consiliul Dirigent einer Personalunion nicht abgeneigt.⁵⁶ Neben die-sen politischen Kreisen trat der aus Siebenbürgen stammende Schriftsteller und Politiker Octavian Goga für den Plan ein. Er hatte bereits vor dem Er-

⁵⁰ Ebenda.

⁵¹ NPA 655, 8-1 vom 20. 8. 1919, Österreichisches Konsulat Budapest an Wiener Außen-ministerium.

⁵² PA Abt 1A Rum 29 vom 19. 8. 1919, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA.

⁵³ PA Abt 1A Rum 29 vom 16. 10. 1919, Militärbevollmächtigter der Deutschen Botschaft Budapest an Wiener Außenministerium.

⁵⁴ PA Abt 1A Rum 29 vom 27. 8. 1919, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA.

⁵⁵ 16. 8. 1919, General Troubridge an Balfour. In: *Documents on British Foreign Policy*, S. 196-197.

⁵⁶ PA Abt 1A Rum 29 vom 22. 8. 1919, Deutsche Gesandtschaft Wien an AA und PA Ge-sandtschaft Budapest P36 vom 15. 12. 1920, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA.

sten Weltkrieg für einen Anschluß Siebenbürgens an Rumänien agitiert und deshalb Ungarn 1915 verlassen müssen. Nun organisierte er Treffen mit magyarschen Intellektuellen aus Ungarn und Siebenbürgen. Durch seine Propaganda gelang es Rumänien, die ungarischen Zeitungen ‚Világ‘ (Welt), ‚Az Újság‘ (Die Zeitung) und ‚Az Est‘ (Der Abend) für den rumänischen Plan zu gewinnen.⁵⁷

Auf ungarischer Seite sind mit dem Plan mehrere bekannte Namen verbunden. Für den Zusammenschluß mit Rumänien sprachen sich der Außenminister der Regierung Friedrich, Graf Imre Csáky,⁵⁸ sowie die Grafen Miklós Bánffy und Pál Teleki aus.⁵⁹ Treibende Kraft auf ungarischer Seite war Graf István Bethlen. Er stammte aus Siebenbürgen und hatte vermutlich aus diesem Grund ein besonderes Interesse für eine Verständigung mit Rumänien, da er verhindern wollte, daß die ungarisch-rumänischen Spannungen auf dem Rücken Siebenbürgens und vor allem der dort lebenden ungarischen Bevölkerung ausgetragen würden.⁶⁰ Für den Plan traten auch Siebenbürger Magyaren, Siebenbürger Sachsen, ungarländische Deutsche sowie zum Teil Siebenbürger Rumänen ein.⁶¹

Hinter dem Gedanken der Personalunion standen auf rumänischer und ungarischer Seite verschiedene Konzepte, die von vornherein ein Gelingen des Zusammenschlusses fraglich erscheinen ließen. Ungarn ging dabei von einer dynastischen Verbindung auf der territorialen Vorkriegsbasis aus, also von einer Rückgabe Siebenbürgens. Eine andere Möglichkeit schien die trialistische Lösung mit Siebenbürgen als selbständigem Reichsteil. Auf jeden Fall wollte Ungarn lediglich eine lockere Verbindung, die – ähnlich wie mit Österreich nach 1867 – ein eigenes politisches Leben gestattet hätte.⁶²

Für Rumänien hingegen stand von Anfang an fest, daß es in der Föderation die führende Rolle spielen und die politische und wirtschaftliche Hegemonie an sich ziehen würde.⁶³ Rumänien war nach seinem militärischen Sieg und durch seine Besatzungstruppen in der Lage, Ungarn seine Bedingungen zu diktieren. Territoriale Opfer von rumänischer Seite, wie von Ungarn erwartet, wurden deshalb ausgeschlossen und anderen Stelle

⁵⁷ PA Abt 1A Rum 29 vom 27. 8. 1919, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA.

⁵⁸ PA Abt 1A Rum 29 vom 22. 8. 1919, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA.

⁵⁹ PA Abt 1A Rum 29 vom 19. 8. 1919, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA.

⁶⁰ PA Abt 1A Rum 29 vom 14. 8. 1919, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA.

⁶¹ PA Abt 1A Rum 29 vom 22. 8. 1919, Deutsche Gesandtschaft Wien an AA.

⁶² Vgl. ROMSICS.

⁶³ PA Abt 1A Rum 29 vom 27. 8. 1919, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA und vom 22. 8. 1919, Deutsche Gesandtschaft Wien an AA: »Die durch ihre Erfolge geblähten Rumänen dürften in einer Föderation mit Ungarn im Vertrauen auf ihre ethnische Überlegenheit einen guten Weg sehen, ihre Aspirationen bis an die Theiß und darüber hinaus zu sichern, indem sie hoffen, daß sie die Magyaren in einer solchen Föderation an die Wand drücken.«

der Anspruch auf die Gebiete bis zur Theiß bekräftigt. Als Erdélyi und Diamandi im August 1919 bei den Verhandlungen die Demarkationslinie vom März 1919 in Aussicht stellten, führte dies zu erheblichen Spannungen mit der Regierung in Bukarest, die zu solchen Konzessionen nicht bereit war. Auf rumänischer Seite war eine dualistische Konstruktion, vertreten durch Diamandi und Bukarester Kreise, im Gespräch. Eine trialistische Lösung wurde von Erdélyi gefördert und fand vor allem bei Siebenbürger Rumänen Anhänger. Ein lockeres Bündnis wurde nur kurzzeitig in Erwägung gezogen. Hierbei spielte man mit dem Gedanken, Erzherzog Josef als Stellvertreter des rumänischen Königs in Budapest einzusetzen.⁶⁴

Für ein Eingehen auf den Plan des dynastischen Zusammenschlusses bot Rumänien Ungarn an, den Magyaren in Siebenbürgen Minderheitsrechte zu garantieren, Ungarn bei der Verteidigung Westungarns gegen Österreich zu helfen sowie es bei der Rückeroberung der Slowakei und der südungarischen Gebiete zu unterstützen.⁶⁵ Die ungarischen Vertreter versuchten, definitive Ab- oder Zusagen aufzuschieben. Einerseits waren sie zu verbittert, um auf Rumänien einzugehen. Andererseits versuchten sie, Rumänien hinzuhalten, um nicht weitere Übergriffe zu provozieren. Eine Entscheidung für die Personalunion schien zu diesem Zeitpunkt selbst Befürwortern des Planes nicht opportun, da man fürchtete, so die Friedensverhandlungen für Ungarn negativ zu beeinflussen.

Zudem wurde der Plan in Ungarn von einem Großteil der national gesinnten Politiker und der Bevölkerung abgelehnt. Dies hatte seine Wurzel vor allem in der als Demütigung empfundenen Besetzung Budapests durch die Rumänen. Dazu kamen auch religiöse Gründe, denn man konnte sich keinen orthodoxen König vorstellen, der mit der Stephanskronen gekrönt würde.⁶⁶

In Rumänien kam der Widerstand aus dem Altreich, da man hier eine Verschiebung des politischen Gewichts nach Westen fürchtete.⁶⁷ Der wichtigste Gegner der Pläne, Außenminister Take Ionescu, wies nach eigenen Aussagen zweimal die ihm für Ferdinand angebotene Stephanskronen ohne Rücksprache mit der Regierung zurück.⁶⁸ Ionescu schrieb alle Initiativen Ungarn zu und betonte, daß in Rumänien kein verantwortungsbewußter Politiker bereit sei, darauf einzugehen. Er sah im Plan nur den Versuch Ungarns, Rumänien für seine Zwecke auszunutzen und es zu

⁶⁴ PA Abt 1A Rum 29 vom 22. 8. 1919, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA.

⁶⁵ PA Abt 1A Rum 29 vom 27. 8. 1919, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA. Das Banat wurde ausgenommen; es sollte zu Rumänien kommen.

⁶⁶ PA Gesandtschaft Budapest P 18 vom Januar 1933 (undatiert), Deutsche Gesandtschaft Budapest an AA.

⁶⁷ NPA 655, 8-5 vom 12. 9. 1919, Österreichische Gesandtschaft Bukarest an AA.

⁶⁸ Ungarische Botschaft Warschau an Budapestener Außenministerium, 15. 11. 1920. In: *Papers and Documents*, S. 768-769.

einem harten Kurs gegen den SHS-Staat und die Tschechoslowakei zu zwingen. Dahinter standen für ihn die ungarischen Ansprüche auf die Slowakei, Südungarn und Kroatien, zu deren Rückeroberung Ungarn eines Tages das rumänische Militär mißbrauchen würde. Eine antislawische Koalition liege jedoch nicht im rumänischen Interesse. Dazu kam noch folgendes Motiv: »Eine Personalunion zwischen uns und Ungarn bedeutet die Oberhand des ungarischen Elementes [...]. Kraft des Prestiges, das die Union dem magyarischen Volk gäbe, könnten die Szekler [...], die Schwaben und Sachsen den Block der Herrscher vom Westen (Ungarn) gegen die gewesenen Beherrschten wiederherstellen [...]. Budapest würde das Lebenszentrum des neuen Staates und nicht Bukarest. Dies allein durch das Gesetz der Schwerkraft«. ⁶⁹ Da Ionescu als Außenminister die rumänische Politik stark beeinflusste, wurde das Projekt einer dynastischen Verbindung mit Ungarn in Rumänien von offizieller Seite kaum vertreten; es verlor immer mehr an Bedeutung. Dahinter stand auch Ionescus Plan der Kooperation mit den Kleinstaaten Ostmittel- und Südosteuropas und den Alliierten im Interesse Rumäniens. Serbien, die ČSR und die Ententemächte zeigten offen ihre Ablehnung gegenüber einer rumänisch-ungarischen Personalunion, ⁷⁰ so daß Ionescu auch aus diesem Grund zur Aufgabe des Plans mahnte.

Friedrich begründete das sinkende rumänische Interesse damit, daß die Rumänen »durch ihre Plünderung des Landes einen Schaden von 20 Mrd. verursacht« und dadurch den »Haß aller Bevölkerungsschichten auf sich gezogen haben«. ⁷¹ Anfang September löste sich Bukarest vom Plan einer dynastischen Union. Die den Unionsplan forcierenden rumänischen Vertreter in Budapest, Diamandi und Erdélyi, sollten aus Budapest abberufen werden. ⁷²

Nach dem Scheitern dieses Konzepts versuchte Rumänien ab Mitte September, Ungarn zu einem wirtschaftlichen Bündnis zu bewegen, um »westlich der Theiß eine wirtschaftliche Domäne für Rumänien zu schaffen«. ⁷³ Zu diesem Zweck schickte die Bukarester Regierung Oberst Topliceanu nach Budapest. Er verhandelte mit der Regierung Friedrich und mit dem Landesverband ungarischer Großindustrieller über die Frage einer Wirtschaftsunion. Rumänien bot dabei an, die requirierten Güter an ihre Besitzer zurückzugeben, unter der Bedingung, daß sie in Rumänien ver-

⁶⁹ In: *Adevărul*, 20. 8. 1919: „Die Personalunion mit Ungarn“. Der Artikel erschien unter Ionescus Pseudonym *Latinul de la Dunăre*. Beilage zu: PA Abt 1A Rum 29 vom 6. 9. 1919, AA an Deutsche Gesandtschaft Budapest.

⁷⁰ PA Abt 1A Rum 29 vom 7. 9. 1919, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA.

⁷¹ PA Abt 1A Rum 29 vom 21. 10. 1919, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA.

⁷² PA Abt 1A Rum 29 vom 7. 9. 1919, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA.

⁷³ PA Abt 1A Rum 29 vom 12. 9. 1919, Deutscher Militärbevollmächtigter Budapest an AA.

bleiben und dort eingesetzt würden. Die ungarischen Unternehmer sollten so gezwungen werden, Niederlassungen in Rumänien zu gründen.⁷⁴

Mit dem zunehmenden diplomatischen Druck der Alliierten auf Rumänien schwand die ungarische Bereitschaft zur Personalunion,⁷⁵ und Friedrich stellte sich nun auf die Seite der Entente gegen die Besatzer. Rumänien warf ihm deshalb chauvinistische und rumänienfeindliche Politik vor und versuchte, die Regierung abzulösen. Bukarest stützte sich offensichtlich nun auf eine andere Gruppierung, die in innenpolitischer Opposition zu Friedrich stand und sich nach rumänischen Aussagen aus Offizieren und Vertretern des Mittelstandes zusammensetzte. Sie hatte ursprünglich Friedrich unterstützt, hatte sich aber von ihm gelöst, als Friedrich begann, gegen Rumänien aufzutreten. Aus rumänischer Sicht war der eigentliche Grund für diese Abspaltung die ablehnende Haltung Friedrichs gegenüber einer Personalunion.⁷⁶ Ende August hatte Friedrich durch ein Mitglied seiner Regierung verkünden lassen, daß die Bestrebungen zur Schaffung einer Personalunion als Hochverrat zu betrachten seien.⁷⁷ Bukarests Wunschkandidat war nun István Bethlen, von dem man am ehesten Zugeständnisse in der Frage der Personalunion erwarten konnte.⁷⁸ Rumänische Intrigen, die den Sturz Friedrichs herbeiführen sollten, scheiterten jedoch.

Kurz vor dem Abzug der Rumänen aus Budapest wurde Anfang November noch einmal ein Versuch unternommen, das Projekt der Personalunion aufleben zu lassen. Treibende Kraft dabei war der siebenbürgische Consiliul Dirigent, der Teodor Mihali nach Budapest schickte. Dieser war vor 1918 Mitglied im Präsidium der siebenbürgischen Rumänischen Nationalpartei sowie Abgeordneter im ungarischen Reichstag. Seit 1914 und als Mitglied des Exekutivkomitees der Nationalpartei (ab 1918) trat er für den Anschluß Siebenbürgens an Rumänien ein. Nun verhandelte er mit ungarischen Regierungskreisen, ohne jedoch irgendein Ergebnis zu erzielen.⁷⁹

Im Dezember 1919 kamen noch einmal Gerüchte über eine Personalunion auf. Sie gehörten wohl eher in den Bereich der Spekulationen.⁸⁰

⁷⁴ PA Abt 1A Rum 29 vom 23. 9. 1919, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA.

⁷⁵ BRĂTIANU S. 147. Er gibt den alliierten Aktionen gegen Rumänien Schuld am gescheiterten Zusammengehen. Die Personalunion erwähnt er an dieser Stelle nicht direkt, ein Zusammenhang liegt jedoch nahe.

⁷⁶ SHAT 20 N 179/1 Marele Cartier General, Buletin de informațiuni vom 31. 8. 1919 und 29. 9. 1919.

⁷⁷ SHAT 20 N 179/1 Marele Cartier General, Buletin de informațiuni vom 28. 8. 1919.

⁷⁸ PA Abt 1A Rum 29 vom 7. 9. 1919, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA.

⁷⁹ NPA 655, 8-1 vom 1. 11. 1919, Österreichische Gesandtschaft Bukarest an Wiener Außenministerium.

⁸⁰ Am 1. Dezember reiste der rumänische König Ferdinand in die Schweiz, wo er sich angeblich mit dem früheren ungarischen König Karl IV. traf, um diesen zu einem Thronver-

Selbst wenn in dieser Phase der Grundstein für eine enge Verbindung zwischen Ungarn und Rumänien gelegt worden wäre, hätten die konträren Standpunkte in der Siebenbürgenfrage eine Realisierung wohl verhindert.

2. Die ungarische Königsfrage und die Personalunionspläne

Die Pläne für eine rumänisch-ungarische Personalunion sind auch vor dem Hintergrund der ungarischen Königsfrage zu sehen.⁸¹ Mit der Lösung aller staatsrechtlichen Bindungen zwischen Österreich und Ungarn am 16. November 1918 wurde Ungarn zur Republik erklärt.

Nach der republikanischen Episode und der Räterepublik von November 1918 bis August 1919 stellte die ungarische Nationalversammlung am 1. März 1920 in ihrer ersten Sitzung mit dem „Gesetz über den Fortbestand der Monarchie“ das Königtum wieder her. Der Thron blieb vakant, und ein Reichsverweser, Miklós Horthy, trat an die Stelle des Königs. Die Einsetzung einer Dynastie wurde aufgeschoben. Dies hatte unter anderem auch den außenpolitischen Grund, daß man die noch laufenden Friedensverhandlungen nicht negativ (etwa durch Sympathisieren mit den Habsburgern) beeinflussen wollte.⁸² Innenpolitisch war diese Lösung ein Kompromiß zwischen den Freien Königswählern und den Legitimisten. Letztere wurden von Gyula Andrássy, Albert Apponyi und Pál Teleki angeführt und hatten sich zum Ziel gesetzt, die Habsburger, in erster Linie Karl IV. (der nie auf die Stephanskronen verzichtet hat), auf den ungarischen Thron zurückzuholen.

Für die Zeit von Frühjahr 1920 bis zu den zwei Restaurationsversuchen Karls IV. 1921 fehlen Gerüchte über eine Personalunion Ungarns mit Rumänien. Zu erwähnen ist, daß sich in dieser Periode mehrere Gruppen mit unterschiedlicher Haltung zur Königsfrage herauskristallisierten.⁸³ Neben überzeugten Republikanern,⁸⁴ Horthy-Anhängern und Karl-Legitimisten entstand nun die Gruppe der Freien Königswähler. Diese war in sich ge-

zicht zu überreden und so den Weg für eine Personalunion freizumachen. PA Abt 1A Rum 29 vom 1. 12. 1919, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA.

⁸¹ Dazu VASÁRI S. 119-160.

⁸² NPA 793, 1/II vom 12. 5. 1920, Österreichische Gesandtschaft Bern an Wiener Außenministerium.

⁸³ JÁSZI S. 204-206.

⁸⁴ Diese waren vor allem im radikalen Flügel der Kleinlandwirtpartei um István Szabó-Nagyatádi zu finden. Vgl. NPA 793, 1/II vom 19. 10. 1921, Österreichisches Generalkonsulat Budapest an Wiener Außenministerium.

spalten in Anhänger eines nationalen Königtums,⁸⁵ Befürworter eines anderen Habsburger-Kandidaten und Befürworter einer fremden Dynastie auf dem Stephansthron. Die Habsburger-Legitimisten traten nach dem Tod Karls IV. im April 1922 für dessen Sohn Otto als rechtmäßigen Thronfolger ein.⁸⁶ Im Gespräch waren auch der Habsburger Erzherzog Josef, der sich vor allem auf eine persönliche Klientel und auf das Wohlwollen der Alliierten stützte,⁸⁷ Erzherzog Albrecht, der Sohn des Erzherzogs Friedrich, und Erzherzog Anton, der mit Ileana, der Tochter des rumänischen Königs Ferdinand verheiratet war.⁸⁸ Die dritte Abspaltung innerhalb der Gruppe der Freien Königswähler trat für die Einsetzung eines Mitglieds einer fremden Dynastie ein. Gerüchteweise wurden hier genannt Prinz Cyrill von Bulgarien,⁸⁹ der italienische Herzog von Aosta,⁹⁰ der englische Lord Rothermere⁹¹ und wiederholt die rumänischen Hohenzollern.

Die gescheiterten Restaurationsversuche Karls IV. im März und Oktober 1921 führten am 6. November 1921 zum „Gesetzesartikel über das Erlöschen der Herrscherrechte seiner Majestät Karls des IV. und der Erbfolge des Hauses Habsburg“. Die Souveränitätsrechte Karls wurden für erloschen erklärt und die Pragmatische Sanktion, die seit 1723 die habsburgischen Erbfolge in Ungarn gesichert hatte, annulliert.⁹² Ungarn sollte das Recht auf freie Wahl des Königs zurückerhalten. Eine Entscheidung für einen Kandidaten wurde wiederum nicht getroffen. Das Gesetz bedeutete einen schweren Schlag für die Legitimisten und schwächte die Strömung bis Ende der zwanziger Jahre.⁹³ Auch die Reaktion des Auslands, vor allem Rumäniens, des SHS-Staates und der Tschechoslowakei,

⁸⁵ Die Anhänger dieser Richtung rekrutierten sich vor allem aus der Kleinlandwirtepartei. Auch Gyula Gömbös war ein Vertreter dieser Richtung. Einen Kandidaten benannten sie nicht.

⁸⁶ So auch PA Gesandtschaft Budapest P18 vom 21. 1. 1923, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA. In Ungarn selbst war Otto sehr populär; vgl. VASARI S. 119.

⁸⁷ NPA 793 1/II vom 4. 2. 1920, Österreichisches Konsulat Budapest an Wiener Außenministerium.

⁸⁸ PA Gesandtschaft Budapest P 18 vom 24. 4. 1925, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA.

⁸⁹ NPA 793 1/II vom 28. 12. 1920, Österreichische Gesandtschaft Belgrad an Wiener Außenministerium.

⁹⁰ NPA 793 1/II vom 29. 9. 1921, Österreichische Gesandtschaft Rom an Wiener Außenministerium.

⁹¹ PA Gesandtschaft Bukarest I A11 vom 3. 1. 1932, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA.

⁹² Text in PA Gesandtschaft Budapest P 18 vom 24. 4. 1925, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA.

⁹³ Zeichen für das Wiedererstarken des Legitimus war 1928 die Gründung des Ungarischen Männerbundes der Heiligen Krone durch József Károlyi und Albert Apponyi. PA Gesandtschaft Budapest P18 vom 18. 6. 1928, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA.

die sich zur Kleinen Entente zusammenschlossen, zeigte, daß eine habsburgische Restauration nicht hingenommen werden würde.

Erste Gerüchte über die Wiederaufnahme der Idee der Personalunion stammen vom Juli 1921.⁹⁴ Verhandlungen wurden diesmal jedoch nicht geführt, und die Gerüchte scheinen vor allem von serbischer Seite aufgebaut. Neu dabei war, daß man nun nicht mehr automatisch von der Übernahme der Stephanskronen durch Ferdinand ausging, sondern daß Überlegungen angestellt wurden, Nicolae, den zweiten Sohn Ferdinands, auf den Thron zu setzen⁹⁵ oder die Frage durch einen ungarisch-siebenbürgisch-rumänischen Trialismus unter dem rumänischen König zu lösen.⁹⁶ Bezeichnend für diese Phase ist eine Folge von Gerüchten und Dementis von rumänischer Seite. Der Außenminister Take Ionescu verwies mehrmals darauf, daß ein derartiges Projekt niemals von Rumänien ausgegangen sei. Er erwähnte jedoch, daß durch Kreise um Károlyi – vermutlich ohne Wissen der ungarischen Regierung – König Ferdinand zweimal die Stephanskronen angetragen worden sei, was Rumänien zurückgewiesen habe.⁹⁷ Während die rumänischen Politiker und die Öffentlichkeit dies ablehnten, schienen die Widerstände in der Dynastie geringer.⁹⁸

Anlaß für die serbische Agitation war das gespannte Verhältnis zwischen Rumänien und Serbien wegen der noch immer ungelösten Frage der Banater Grenze sowie das prorumänische und proungarische Verhalten Italiens; Rom schien das Projekt zu fördern.⁹⁹ Einen Anstoß gab vermutlich auch der Versuch Rumäniens und Ungarns, ihre Beziehungen zu normalisieren,¹⁰⁰ sichtbar in der Aufnahme diplomatischer Beziehungen

⁹⁴ PA Gesandtschaft Budapest P36 vom 6. 11. 1921, Deutsche Gesandtschaft Bukarest an AA.

⁹⁵ Vgl. *Temeswarer Zeitung*, 24. 3. 1922, S. 1: „Rumänisch-ungarische Annäherung“. Dieses Gerücht stützt sich auf die Reise von Anton Mocioni, des früheren Ministers für Siebenbürgen, nach Budapest. Bei einem Treffen mit dem Ministerpräsidenten Bethlen wurde angeblich über die Einsetzung Nicolaes debattiert.

⁹⁶ NPA 655, 8-1 vom 12. 9. 1921, Österreichische Gesandtschaft Bukarest an Wiener Außenministerium.

⁹⁷ Ungarischer Gesandter in Warschau an das ungarische Außenministerium über ein Gespräch mit Ionescu, 15. 11. 1920 und 23. 11. 1920. In: *Papers and Documents*, S. 768-769, 782. Das ungarische Außenministerium bestritt gegenüber seinem Gesandten jegliche Regierungsbeteiligung.

⁹⁸ PA Gesandtschaft Budapest P36 vom 11. 7. 1921, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA.

⁹⁹ NPA 655, 8-5 vom 12. 9. 1921, Österreichische Gesandtschaft Bukarest an Wiener Außenministerium und General Troubridge an Balfour vom 16. 8. 1919. In: *Documents on British Foreign Policy*, S. 169-170.

¹⁰⁰ NPA 655, 8-5 vom 12. 9. 1921, Österreichische Gesandtschaft Bukarest an Wiener Außenministerium: »mit rumänischen Aspirationen auf die Stephanskronen soll diese Haltung der Bukarester Regierung nichts zu tun haben.«

im Februar 1921. Die serbische Presse griff die Zurückhaltung Rumäniens beim zweiten habsburgischen Restaurationsversuch auf und kritisierte die unterbliebene Mobilmachung in Rumänien.¹⁰¹ In dieser Zurückhaltung sah man den rumänischen Versuch, »das Terrain für eine künftige Personalunion mit Ungarn vorzubereiten«.¹⁰² Zudem meinte Belgrad, geheimen Verhandlungen auf die Spur gekommen zu sein, die zwischen siebenbürgisch-ungarischen Kreisen und dem rumänischen Außenministerium (bereits unter Ion Duca, dem Nachfolger Ionescus ab Ende Dezember 1921) geführt würden.¹⁰³ Ob diese Vermutungen richtig waren, ließ sich nicht verifizieren. Auf jeden Fall ist in diesem Zusammenhang die serbische Angst vor einem rumänisch-ungarisch-italienischen Bündnis zu berücksichtigen, die vielleicht Gerüchte übersensibel aufnehmen ließ.

Die verschiedenen Spekulationen wurden von Beneš, Rumänien und Ungarn zurückgewiesen. Am 12. Dezember 1921 dementierte Beneš im Auftrage Rumäniens und der Kleinen Entente die Pläne einer Personalunion,¹⁰⁴ und für Ungarn betonte András Hory, der erste ungarische Geschäftsträger in Rumänien, die Abwegigkeit der Spekulationen.¹⁰⁵ Am schärfsten widersprach Rumänien diesen Gerüchten. Am 23. November dementierte der rumänische Botschafter Grigorellu in Wien mit folgenden Worten: »Die königliche rumänische Gesandtschaft dementiert im Auftrage ihrer Regierung in der kategorischsten Weise die in letzter Zeit lancierten Nachrichten, denen gemäß seine Majestät König Ferdinand von Rumänien Kandidat für den ungarischen Thron wäre. In Rumänien denkt niemand an einen solchen Plan und diesfällige Nachrichten sind als tendenziöse Erfindung zu werten.«¹⁰⁶ Die Gründe erläuterte der Außenminister Take Ionescu in einer in der rumänischen Presse veröffentlichten Erklärung näher. Er bezeichnete alle Gerüchte als absurd, da ein solcher Plan weder die Zustimmung der rumänischen und ungarischen Bevölkerung noch der Alliierten finden würde. Schon aus historischen Gründen könnten beide Völker nie unter dem gleichen Herrscher leben. Zudem würde eine solche Ausweitung die Einheitlichkeit des rumänischen Nationalstaates gefährden, was nicht im Interesse Rumäniens liege. Insgesamt

¹⁰¹ PA Gesandtschaft Budapest P36 vom 3. 11. 1921. Deutsche Gesandtschaft Belgrad an AA.

¹⁰² Ebenda.

¹⁰³ In: *Tribuna*, 30. 12. 1921: „Neuerliche Verhandlungen über eine Personalunion“. Beilage zu: PA Gesandtschaft Budapest P36 vom 30. 12. 1921, Deutsche Gesandtschaft Belgrad an AA.

¹⁰⁴ In: *Neue Zeit*. Politisches Tagblatt. Veliki Bečkerek. 13. 12. 1921, S. 2.

¹⁰⁵ In: *L'Orient*, 25. 12. 1921. Beilage zu: NPA 655, 8-5 vom 27. 12. 1921, Österreichische Gesandtschaft Bukarest an Wiener Außenministerium.

¹⁰⁶ PA Pol Abt II Rumänien Pol 3 vom 23. 11. 1921, Deutsche Gesandtschaft Wien an AA. Die Demarche wurde den verschiedenen Botschaften in Wien zugeleitet und in der rumänischen Presse abgedruckt.

könne es sich dabei nur um eine Kampagne rumänienfeindlicher Elemente handeln, deren Ziel es sei, einen Bruch innerhalb der Kleinen Entente und zwischen Rumänien und den Alliierten herbeizuführen. Indirekt beschuldigte Ionescu Ungarn, derartige Gerüchte auszustreuen.¹⁰⁷

Mit diesen scharfen Dementis enden für einige Zeit die Gerüchte über eine Union. Ab Ende der zwanziger Jahre leben sie bis etwa 1932 erneut auf.

3. Die siebenbürgische Frage und die Personalunion

Eine große Rolle bei den Plänen für einen dynastischen Zusammenschluß zwischen Rumänien und Ungarn spielte von Anfang an Siebenbürgen. Dies wird auch daran sichtbar, daß die Impulse meist von Siebenbürgern – sowohl auf rumänischer als auch auf ungarischer Seite – kamen.¹⁰⁸ Im Zusammenhang mit den Autonomiebestrebungen in Siebenbürgen ab den späten zwanziger Jahren wurde der Plan einer Personalunion erneut angeschnitten. Die ungarischen Überlegungen¹⁰⁹ gingen davon aus, Siebenbürgen zu einem eigenständigen Gebilde umzugestalten, das entweder unabhängig oder an einen der beiden Staaten locker angebunden sein sollte. Für die verschiedenen Volksgruppen schlug man Gleichberechtigung und Autonomie in inneren Angelegenheiten vor.

Ungarns Motiv war seit 1919 stets die Hoffnung, durch eine Personalunion Siebenbürgen zurückzuerhalten oder für die Region wenigstens einen autonomen Status zu erreichen. In Ungarn gingen die Impulse deswegen vor allem von »Transylvanern«¹¹⁰ aus. Auch die ungarische Gentry in Siebenbürgen sah darin einen Lösungsweg.¹¹¹ Bekannte Fürsprecher waren Graf István Bethlen und Graf Pál Teleki, die beide aus Siebenbürgen stammten und dort noch große Besitzungen hatten.¹¹² Im Gegensatz zu

¹⁰⁷ NPA 655, 8-1 vom 23. 12. 1921, Österreichische Gesandtschaft Bukarest an Wiener Außenministerium (mit Beilage der Erklärung).

¹⁰⁸ Beeinflußt wird die Frage in dieser bis etwa 1932 dauernden Endphase wiederum von der ungarischen Königsfrage, die durch die Aktivität verschiedener Gruppen erneut ins Bewußtsein gebracht und wachgehalten wurde. In diesen Zusammenhang fällt die Gründung des Ungarischen Männerbundes der Heiligen Krone durch Albert Apponyi und József Károlyi und das Aufleben der Freien Königswähler sowie eine verstärkte Propaganda für Otto von Habsburg.

¹⁰⁹ Zu den in Ungarn vertretenen Plänen für Siebenbürgen kurz bei C. A. MACARTNEY: *Hungary and her Successors. The Treaty of Trianon and its consequences 1919-1932*. London/New York 1937, S. 351-355; ROMSICS.

¹¹⁰ PA Abt 1A Rum 29 vom 16. 10. 1919, Militärbevollmächtigter der Deutschen Botschaft Wien an AA.

¹¹¹ NPA 655, 8-1 vom 10. 4. 1932, Wiener Bundespolizeidirektion an Bundeskanzleramt.

¹¹² Zu Bethlens Konzepten für Siebenbürgen ROMSICS.

1919 ging in dieser Schlußphase bis etwa 1932 die Initiative von Ungarn aus. Von offizieller Seite wurde sie aber nicht vertreten. In Rumänien hatte die Idee kaum noch Anhänger und politische Chancen. Auch in Ungarn erwog die Regierung unter dem Ministerpräsidenten Bethlen (1921-1931) den Plan nicht ernsthaft. So ist auch der Vorstoß der Opposition im ungarischen Parlament im November 1926 als taktisches Manöver zu sehen, das lediglich dazu dienen sollte, die Position Bethlens zu erschüttern. Sie brachte nämlich in einer Parlamentsdebatte die Personalunion-Gerüchte zur Sprache und beschuldigte Bethlen, seinen früheren Außenminister Graf Miklós Bánffy ermuntert zu haben, zur Propaganda nach Siebenbürgen überzusiedeln und die rumänische Staatsbürgerschaft anzunehmen. Bánffy wurden geheime Gespräche mit dem rumänischen König nachgesagt. Bethlen bestritt dies und bezeichnete alle Spekulationen über eine Personalunion als haltlos.¹¹³

Die ungarischen Konzepte sahen entweder eine dualistische Monarchie (mit Siebenbürgen als Teil Ungarns) oder eine trialistische Lösung vor.¹¹⁴

Das Modell des Trialismus wurde bereits im Sommer 1919 von Bethlen, Bánffy und Teleki in den Verhandlungen mit Rumänien vertreten. Ungarn zeigte sich dabei bereit, die Abtrennung Siebenbürgens zu akzeptieren, wenn dafür Siebenbürgen ein autonomer Status garantiert würde. Gemeinsam mit Rumänien sollte Siebenbürgen den Monarchen, die Außenpolitik, das Militär- und Finanzwesen haben, in innenpolitischen Fragen jedoch Selbstverwaltung genießen. Dies sollte durch ein eigenes siebenbürgisches Parlament zum Ausdruck kommen.¹¹⁵

Am weitesten gingen Pläne zu einer Wiederherstellung des Fürstentums Siebenbürgen mit Autonomie für die dort lebenden Ungarn.¹¹⁶ Den ersten dahingehenden Vorschlag unterbreitete Bethlen im September 1921 dem rumänischen König Ferdinand bei einem privaten Treffen in Siebenbürgen.¹¹⁷ 1922 griffen Bethlen und Teleki in einem Gespräch mit dem rumänischen Ministerpräsidenten Brătianu in Vatra Dornei den Plan auf.¹¹⁸ Diese Vorstöße waren in Ungarn nicht sonderlich populär. Selbst bei den Siebenbürger Magyaren wurde die Personalunion nur als notwen-

¹¹³ PA Pol Abt II Ungarn Pol 3 vom 5. 11. 1926, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA; ÁDÁM S. 177.

¹¹⁴ PA Abt 1A Rum 29 vom 7. 9. 1919, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA.

¹¹⁵ Bases des pourparlers entre la Hongrie et la Roumanie. August 1919. Abdruck in: ROMSICS S. 90-93.

¹¹⁶ PA Gesandtschaft Budapest P36 vom 30. 12. 1921, Deutsche Gesandtschaft Belgrad an AA.

¹¹⁷ NPA 655, 8-5 vom 12. 9. 1921, Österreichische Gesandtschaft Bukarest an Wiener Außenministerium.

¹¹⁸ NPA 655, 8-1 vom 5. 9. 1922, Österreichische Gesandtschaft Bukarest an Wiener Außenministerium. Über den genauen Inhalt des Gespräches konnte auch der Gesandte nur Vermutungen anstellen.

diges Übel gesehen, um den Status Siebenbürgens zu verbessern.¹¹⁹ Sie bestanden meist auf einer völligen Rückgabe Siebenbürgens und »nur, wenn man den Siebenbürger Rumänen keinen zu großen Einfluß einräume«. ¹²⁰ Bei den Siebenbürger Sachsen schien das trialistische Konzept Anklang zu finden. Sie ließen sich bereits im August 1919 direkt durch Bethlen und Bánffy informieren, erlegten sich aber wegen der Bitten der beiden Politiker Zurückhaltung auf.¹²¹ Ihre Gründe waren vor allem die Hoffnung auf eine Rücknahme der rumänischen Zentralisierungs- und Romanisierungspolitik sowie wirtschaftliche Motive.¹²²

Im Gegensatz zu 1919 blieb die rumänische Seite bei diesen Vorstößen zu Beginn der zwanziger Jahre passiv und ablehnend. Dabei spielte in der Öffentlichkeit wohl die Angst vor einer Verschiebung des politischen Gewichtes nach Westen, in Richtung Budapest, eine Rolle.¹²³ Die offiziellen Vertreter des Staates, allen voran König Ferdinand und Außenminister Ionescu, sahen in einer dynastischen Verbindung Rumäniens und Ungarns kein Mittel zur Lösung des Siebenbürgen-Problems. Vielmehr fürchteten sie, daß mit dieser Union die Zugehörigkeit Siebenbürgens zu Rumänien aufs Spiel gesetzt würde, da die beiden Teile der geplanten Doppelmonarchie sich schnell auseinanderleben würden und Siebenbürgen zu Ungarn tendieren würde.¹²⁴ Rumänien wollte Siebenbürgen als Druckmittel gegenüber Ungarn nicht mehr aus der Hand geben. »Haben wir Transylvanien«, so Diamandi, »dann müssen die übrigbleibenden Ungarn sich nach uns richten.«¹²⁵ Ein Eingehen auf den von Ungarn gewünschten Status quo von 1914 kam für Rumänien auch innerhalb eines dynastischen Zusammenschlusses nicht in Betracht. Nur Kreise um Alexandru Averescu, den Führer der rumänischen Volkspartei, zeigten Sympathien für eine Personalunion.¹²⁶ Auch ein Teil der Siebenbürger Rumänen befürwortete eine

¹¹⁹ Vgl. SZEKFI (Anm. 1) S. 400-406.

¹²⁰ PA Abt Gesandtschaft Budapest P36 vom 17. 11. 1921, Deutsche Gesandtschaft Bukarest an AA.

¹²¹ PA Abt IA Rum 29 vom 19. 8. 1919, Deutsches Generalkonsulat Budapest an AA.

¹²² PA Abt IA Rum 29 vom 22. 8. 1919, Deutsches Konsulat Wien an AA.

¹²³ NPA 655, 8-5 vom 12. 9. 1921, Österreichische Gesandtschaft Bukarest an Wiener Außenministerium. »Eine solche Lösung müsste Bukarest zur Provinzstadt und die Rumänen zu Staatsbürgern zweiter Klasse machen. Der Schwerpunkt des Reiches fiel dann naturgemäß nach Budapest, und die königliche Familie würde fortgesetzt auf der Ofener Burg sejourneren, ein Aufenthalt, der ihr ganz andere Ressourcen und einen ganz anderen Verkehr zu bieten vermöchte, als das Hoflager in Bukarest und die rumänische Gesellschaft.«

¹²⁴ NPA 655, 8-1 vom 5. 9. 1922, Österreichische Gesandtschaft Bukarest an Wiener Außenministerium.

¹²⁵ PA Abt IA Rum 29 vom 12. 9. 1919, Deutscher Militärbevollmächtigter Budapest an AA.

¹²⁶ NPA 655, 8-1 vom 10. 4. 1932, Wiener Bundespolizeidirektion an das Bundeskanzleramt.

Union trialistischer Ausrichtung. Sie lehnten sich ebenfalls gegen die Zentralisierung und die Übernahme der meisten Verwaltungsstellen durch Beamte aus dem Regat auf.¹²⁷ Ihre Politiker hofften auf mehr Eigenständigkeit und Selbstverwaltung.¹²⁸

Der ab 1930 amtierende König Carol II. war im Gegensatz zu seinem Vorgänger Ferdinand dem Plan nicht gänzlich abgeneigt. Dahinter stand seine Überzeugung, daß ein wirklicher Frieden zwischen Ungarn und Rumänien ohne Rückgabe zumindest von Teilen Siebenbürgens nicht möglich sei. Aus rumänischer Sicht war dieser Standpunkt politisch nicht vertretbar, »im Rahmen einer Personalunion würde sich diese geradezu unlösbare Frage jedoch leicht erledigen lassen«.¹²⁹

Die Haltung Carols dürfte zusammen mit den ungarischen Revisionsbestrebungen Anfang der 1930er Jahre der Auslöser für das letzte große Gerücht über eine Personalunion gewesen sein. Anlaß für die erneuten Spekulationen war die Reise des ehemaligen Ministerpräsidenten István Bethlen nach Temeschwar Anfang Dezember 1931, wo er auch mit Carol zusammentraf. Diesmal war es wiederum die serbische Presse, die dieses Treffen aufgriff und Gerüchte über einen geplanten dynastischen Zusammenschluß verbreitete. Sie nahm die ungewöhnlichen Umstände der Reise Bethlens (er stieg in Temeschwar unter einem Decknamen ab) und angebliche Meldungen in der Temeschwarer ungarischen Zeitung *Magyar Újság* über eine Personalunion und ein angeblich kurz bevorstehendes Wirtschaftsabkommen über Siebenbürgen zwischen Rumänien und Ungarn zum Anlaß, Bethlen zu unterstellen, daß er nach Aufgabe des Gedankens an eine habsburgische Restauration nun eine Union mit Rumänien anstrebe. Sein Endziel sei es, auch Österreich unter die Herrschaft der Hohenzollern-Sigmaringer zu bringen.¹³⁰ Der rumänische Ministerpräsident Nicolae Iorga verlangte von Serbien die Rücknahme der Behauptungen und versicherte dem österreichischen Botschafter in einem vertraulichen Gespräch, daß der rumänischen Seite von derartigen Manövern nichts bekannt sei. Der Besuch Bethlens in Temeschwar sei rein privat gewesen, und es hätten bei dem Treffen mit dem König lediglich wirtschaftliche Themen auf der Tagesordnung gestanden.¹³¹ Das rumänische Parlament

¹²⁷ PA Abt 1A Rum 29 vom 1. 12. 1919, Deutsches Konsulat Wien an AA.

¹²⁸ PA Budapest P 36 vom 18. 1. 1923, Deutsche Gesandtschaft Bukarest an AA.

¹²⁹ NPA 655, 8-1 vom 10. 4. 1932, Wiener Bundespolizeidirektion an das Bundeskanzleramt.

¹³⁰ In: *Vreme*, 11. 12. 1931: „Personalunion zwischen Rumänien und Ungarn?“ Beilage zu: NPA 655, 8-5 vom 21. 12. 1931, Österreichische Gesandtschaft Belgrad an den Österreichischen Vizekanzler.

¹³¹ NPA 655, 8-5 vom 14. 1. 1932, Österreichische Gesandtschaft Belgrad an den Vizekanzler. Es dürfte dabei wohl um Bethlens Besitzungen in Siebenbürgen und im Banat gegangen sein. Gerüchten zufolge strebte Bethlen die rumänische Staatsbürgerschaft an, um seinen Besitz behalten zu können.

verlangte von der Regierung Aufschluß über die Gerüchte. Auch hier bezeugte Iorga den »zufälligen und rein persönlichen Charakter der Begegnung«, was schon daran sichtbar sei, daß kein Regierungsmitglied am Gespräch teilgenommen habe. Den Vorwurf des eigenmächtigen Handelns des Königs konnte er jedoch nicht entkräften, so daß eine gewisse Unsicherheit über den Zweck des Treffens zwischen Carol und Bethlen bestehen blieb.¹³²

*

Insgesamt betrachtet läßt sich aus den Plänen für die ungarisch-rumänische Union 1919-1932 kaum ein definitives Ergebnis ableiten. Erschwert wird die Einschätzung dadurch, daß es sich meist um halboffizielle, mitunter sogar private Aktionen zu handeln schien, da beide Seiten alle Ansätze stets in offiziellen Verlautbarungen dementierten. Auch die Gesandten verwiesen meist darauf, daß eine realpolitische Einschätzung sowie eine Beurteilung der Aussichten auf eine Verwirklichung kaum möglich sind. Dennoch stellen diese zwanzig Jahre dauernden Überlegungen einen interessanten Teilaspekt der rumänisch-ungarischen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit dar.

Schrifttum

Archivalien

PA = Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Bonn

Abteilung I A Rumänien 29

Beziehungen Rumäniens zu Ungarn (April 1919 bis Februar 1920)

Politische Abteilung II

Rumänien Pol 3: Politische Beziehungen zu Ungarn (August 1920 bis Oktober 1924)

Ungarn Pol 3: Politische Beziehungen zu Rumänien (März 1924 bis April 1936)

Deutsche Gesandtschaft Budapest

P 18: Monarchistische Bewegung (1920-1938)

P 36: Politische Beziehungen Ungarns zu Rumänien (1920-1938)

Deutsche Gesandtschaft Bukarest

Po IV: Politische Beziehungen Rumänien – Ungarn (1926-1932)

I A 11: Politische Beziehungen Rumänien – Ungarn (1932-1939)

¹³² PA Pol Abt II Rumänien Pol 3 vom 12. 12. 1931, Gesandtschaft Bukarest an AA.

NPA = Archiv der Republik Österreich, Neues Politisches Archiv, Wien

Abteilung 01: Gesandtschafts- und Konsulatsarchive

Karton 655 Liasse 8-1: Beziehungen Rumäniens zu Ungarn

Karton 655 Liasse 8-5: Beziehungen Rumäniens zu Ungarn

Karton 793 Liasse 1/II: Ungarn: Kandidaten für die ungarische Krone

SHAT = Service Historique de l' Armée de Terre, Vincennes/Paris

20 N 179: Commandement des Armées Alliées en Orient. Bureau Roumanie

Dossier 1: Marele Cartier General. Buletin de informațiuni 1919

Dossier 2: La Roumanie. Juli – Oktober 1919

Mehrfach zitierte Literatur

ÁDÁM Magda: Richtung Selbstvernichtung. Die Kleine Entente 1920-1938. Budapest 1988.

BRĂTIANU Gheorghe I.: Acțiunea politică și militară a României în lumina corespondenței diplomatice a lui Ion I. Brătianu. București 1940.

DEÁK Francis: Hungary at the Paris Peace Conference. New York 1972.

Documents on British Foreign Policy 1919-1939. 1st series. VI/1919. London 1956.

JÁSZI Oscar: Revolution and Counter-Revolution in Hungary. New York 1964.

KIRIȚESCU Constantin: La Roumanie dans la Guerre Mondiale 1916-1919. Paris 1934.

Papers and Documents relating to the Foreign Relations of Hungary. Hg. Francis Deák – Dezső Újváry. I. Budapest 1939.

ROMSICS Ignác: Graf István Bethlens Konzeption eines unabhängigen oder autonomen Siebenbürgen. In: Ungarn-Jahrbuch 15 (1987) S. 74-94.

SPECTOR Sherman David: Rumania at the Paris Peace Conference. A Study in the diplomacy of Ion Brătianu. New York 1962.

VASARI Emilio: Ein Königsdrama im Schatten Hitlers. Die Versuche des Reichsverwesers Horthy zur Gründung einer Dynastie. Wien/München 1968.